

**Libanon/Iran**

Die politischen Blockaden auflösen

Reisebericht Libanon/Iran im Juni 2007

Zusammenfassung und Fazit:

Vom 24.06 bis zum 29.06 bereiste ich im Rahmen einer Abgeordnetendienstreise den Libanon und Iran. Ich führte dort eine Reihe von Gesprächen zu der politischen Situation im Nahen Osten sowie im Libanon, dem Einsatz der UNIFIL, der inneren und äußeren Politik des Iran und dem Stand seines Atomprogramms. Gesprächspartner waren Vertreter aus einem breiten politischen Spektrum, sowohl der jeweiligen Regierungs- wie der Oppositionsparteien und der Zivilregierung.

Libanon und UNIFIL ein Jahr nach dem Krieg

- ↳ Im Libanon herrscht eine **institutionelle Blockade** zwischen Opposition und Regierung, die alles überlagert. Es gibt nur wenige Kräfte, die versuchen, diese zu überbrücken. Im **Herbst droht mit den Präsidentschaftswahlen eine Verschärfung der Lage**. Aus diesem *deadlock* erwachsen Risiken für die Sicherheit des Landes und damit auch für UNIFIL. Auffallend gegenüber meinem Besuch im Winter ist: kaum jemand thematisiert die konkreten politischen Probleme, auch die Sheeba-Farmen werden nur auf Nachfrage erwähnt.
- ↳ **UNIFIL hat viel geleistet**. Heute gibt es - zum ersten Mal seit Jahrzehnten - 8000 libanesische Soldaten im Süden. Hinzu kommen 12.000 UNIFIL-Soldaten. Die Sicherheitslage ist ruhig, trotz eines Anschlags, dem 6 UNIFIL-Soldaten zum Opfer fielen. Sicherung des Südens, Beseitigung von Streubomben, Training der LIB Armee sind im Zeitplan. Verletzungen der UN-Resolution 1701 durch letztlich noch gesteigerte israelische Überflüge untergraben die Autorität der UNIFIL. Die Frage Geiselfreilassung und Gefangenenaustausch ist ungelöst. Die **syrisch-libanesische Grenze** ist wegen anhaltender Schmuggelvorwürfe und einzelner Funde weiter Schwachstelle und muss schnellstmöglich

durch verbesserte libanesische Grenzüberwachung effektiv kontrolliert werden. Experten vor Ort gehen **von ca. 3 Jahren UNIFIL in voller Stärke** aus, um den Erfolg der Mission zu sichern.

- ↪ Die **UNIFIL-Mission wird von allen politischen Lagern im Libanon mitgetragen** - auch der Hisbollah. Es gibt Dank für den deutschen maritimen Beitrag. Umgekehrt lobt UNIFIL die Zusammenarbeit mit den (Hisbollah-) Bürgermeistern im Süden. Regierung wie Opposition loben das deutsche Grenzprojekt im Norden, allerdings gibt es noch innerdeutschen Streit um seine Finanzierung.
- ↪ Umso größer ist die **Verantwortung des Haupttruppenstellers EU, zu politischen Fortschritten** beizutragen. Die EU sollte als „ehrlicher Makler“ eine Plattform für den Dialog zwischen Regierung und Opposition bieten, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Eine **einseitige Unterstützung** der Regierung Siniora - bietet **keine Aussicht auf Stabilisierung** der Lage.
- ↪ Die Regierung ist zwar einerseits **demokratisch gewählt**, aber nach dem Austritt aller oppositionellen Abgeordneten **nicht mehr repräsentativ** und nach dem im Abkommen von Ta'if verankerten Grundsatz der Vertretung aller wichtigen Strömungen in der Regierung nach Ansicht der Opposition **nicht mehr ausreichend legitimiert**. In Punkto Verschwörungstheorien und gegenseitigen Beschuldigungen standen sich in den Gesprächen Regierungs- und Oppositionsparteien nicht nach.
- ↪ Ein **ernsthafter politischer Dialog mit der Hisbollah** als legitimer libanesischer politischer Kraft muss dringend aufgenommen werden, erst recht um zu verhindern, dass internationale terroristische Netzwerke im Libanon einen noch stärkeren Rückhalt finden.
- ↪ Mittelfristig müssen im Libanon **dringende institutionelle Reformen** angegangen werden, dazu zählen Wahlrechtsreform und Einsetzung des Verfassungsgerichtes. Auch eine Reform des Sicherheitssektors und eine substantielle Stärkung der libanesischen Armee sind unumgänglich.
- ↪ **FAZIT: UNFIL sollte in dieser Größenordnung fortgesetzt werden. Aber es bedarf eines energischen europäischen Impulses, die politische Blockade im Libanon aufzulösen. Diese ist durch einseitige Parteinahme nicht zu lösen. Es wird keine Stabilisierung des Libanon gegen 40 % der (schiitischen) Bevölkerung geben. Ohne Kompromiss drohen im Herbst Spannungen und neue Gewalt.**

Iran: Kritik an Ahmadinedschad und regionaler Einfluss

- ↪ Der Iran befindet sich in einer **schweren ökonomischen wie politischen Krise**. Ökonomisch zeigt sich das an den Krawallen wegen der Benzinrationierung sowie zunehmenden Streiks, organisiert durch Basisgewerkschaften. Politisch haben die Reformkräfte um Chatami und die so genannten moderaten Konservativen um Rafsandschani erkannt, dass ihre Spaltung den Wahlsieg Ahmadinedschads erst ermöglicht hat. Sie wollen bei den Parlamentswahlen in 2008 eine Mehrheit erzielen. Dagegen reagiert das Regime mit zunehmender Repression.
- ↪ Gleichzeitig **existiert im Iran eine engagierte Zivilgesellschaft**, die aber in ihrem Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist. Große Kampagnen wie die 1-Million-Unterschriften-Aktion der Frauen oder nichtstaatliche Gewerkschaftsverbände operieren im Untergrund. Repressionsmaßnahmen unter Ahmadinedschad bleiben nicht unwidersprochen und finden in Wellen statt, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Die **Menschenrechtslage** ist weiterhin **extrem schlecht**.
- ↪ Die **Sanktionen des UN-Sicherheitsrats** und mehr noch der einseitige Boykott der USA, – in den Augen der Iraner zusammen gesehen – **schwächen** nach Ansicht aller Gesprächspartner eher die **reformerischen Kräfte** und stärken das Regime. Die Herrschenden haben damit einen neuen Sündenbock für ihr eigenes Versagen. Ökonomisch treffen sie vor allem Ärmere, sowie Existenzgründer und kleine/mittelständische Unternehmen, während die Staatsunternehmen und klerikalen Stiftungen durch Schattenwirtschaft und Parallelstrukturen (z.B. via Dubai) beste Geschäfte machen. Weshalb neue Sanktionen nicht nur von der Regierung sondern ausdrücklich auch von der Opposition abgelehnt werden.
- ↪ Im **Streit um das iranische Nuklearprogramm** scheinen die Voraussetzungen für eine Lösung etwas positiver. Die Kritik an Ahmadinedschads außenpolitischem Auftreten ist deutlich. Einige Beobachter gehen davon aus, dass der religiöse Führer Khamenei in Richtung Verhandlungen tendiert. Die konziliante Stimmung der Gespräche könnte als Echo dieser Richtungsvorgabe interpretiert werden – Drohungen über NPT-Austritt wurden nicht vorgetragen. Der Vorschlag des **Einfrierens** des Anreicherungslevels auf dem heutigen Niveau als Einstieg für Verhandlungen wurde von den Gesprächspartnern **nicht zurückgewiesen** und scheint die gangbarste Lösung. Damit ist eine Agenda des *regime change* und die Ignorierung der regionalen Rolle Irans aber unvereinbar.

- ↪ Iran weiß um seinen **regionalen Einfluss**. Alle Gesprächspartner monieren, dass insbesondere die USA dies anerkennen müssen. Im Oppositions- wie im Regierungslager besteht kein Interesse an Chaos in Afghanistan wie Irak. Die hegemonialen Interessen Irans in der Region sind dagegen eindeutig und werden nicht verleugnet. Es herrscht – zurecht – das Bewusstsein vor, dass ohne oder gegen den Iran eine Stabilisierung der Region nicht möglich ist. Entscheidend wäre, dass eine Vertrauensbildung mit den USA wie in den Bagdadgesprächen gelingt, wozu beide Seiten ihren Beitrag leisten müssten.
- ↪ **FAZIT: Es ist klug, den Iran als wichtigen regionalen Player ernst zu nehmen und nicht allein auf Druck zu setzen. Vertrauensbildung durch regionale Kooperation, wo diese möglich ist, ist wichtig. Deutliche Kritik an Menschenrechtslage im direkten bi- und multilateralen Gespräch und Unterstützung der Reformer ist zielführender als verdeckte Demokratisierungsprogramme. Neue Sanktionen bewirken keinen Politikwechsel des Regimes, sondern beinhalten eher die Gefahr neuer Eskalation und einer Schwächung moderater Positionen. Das Zeitfenster vor einer erneuten Sicherheitsratsresolution sollte genutzt werden, um einen Kompromiss in der Anreicherungsfrage (Freeze) zu finden.**

II. Im Einzelnen:

LIBANON – Montag 25. und Dienstag 26. Juni

Der Besuch wurde überschattet von einem Anschlag auf die UNIFIL-Streitkräfte am Vorabend, bei dem sechs spanische Soldaten umkamen. Trotz der angespannten Lage und des Termindrucks konnte ein kurzes Gespräch mit **PM Fuad Siniora** stattfinden. Wie auch alle späteren Gesprächspartner enthielt er sich eines direkten Verdachts hinsichtlich des Anschlags. Auch wenn er die Distanzierung der Hisbollah als glaubwürdig einstufte, verwies er auf ein andauerndes syrisches Interesse an Instabilität im Libanon, auch Iran sei ein problematischer Faktor. Auf die Frage der regionalen Entwicklung nannte er als Hauptproblem die anhaltende israelische Besatzung, u.a. der Shebaa-Farmen, die Hisbollah einen dauernden Vorwand liefere. Er bedankte sich ausführlich für das DEU Engagement im Libanon, insb. DEU Grenzprojekte. Er sei nicht dagegen mit Syrien zu sprechen, wie dies auch der DEU Außenminister getan habe, allerdings müsse man Syrien zu Kooperation bei der Grenzüberwachung und anderen politischen Fragen drängen.

Danach erfolgte wie geplant die Fahrt nach Südlibanon zum **UNIFIL Hauptquartier in Naqoura**. Schon auf dem Weg wurden die Aufbaufortschritte seit Kriegsende deutlich, in stark bombardierten Stadtteilen

wie Haret Dweik ist der Schutt geräumt und erste Häuser instand gesetzt, zahlreiche Brücken und Straßen sind teils noch behelfsmäßig, teils bereits komplett neu gebaut. Der **stellvertretende indische Kommandeur der UNIFIL, General Jai Prakash Nera**, und die politische **Beraterin der UN Cornelia Frank** bezeichneten die **UNIFIL bei der Stabilisierung des Südens als erfolgreich**. Kürzlich erfolgte einmalige Raketenangriffe aus dem Süden und der schwere Anschlag gegen die spanischen UNIFIL-Soldaten waren die ersten schwerwiegenden Zwischenfälle. Die Räumung von Streumunition verlaufe in den Wohn- und landwirtschaftlichen Gebieten gut durch NRO und UNIFIL, aber immer noch sei ein überwiegender Teil der 1 Mio. Munitionsteile ungeräumt.

Es gebe eine funktionierende Koordinierungsstelle zwischen der israelischen Armee, der libanesischen Armee sowie UNIFIL. Dennoch: Israelische Überflüge, teils in Form von Scheinangriffen und Schallmauerdurchbrüchen, halten an und haben sich sogar verstärkt (von 5-6 auf ca. 15-20 täglich), was die Glaubwürdigkeit der UNIFIL beschädige. Mit **Hisbollah**, die aufgrund ihrer Popularität in der Bevölkerung im Süden hohe Legitimität genieße, besteht gute Koexistenz, Informationsaustausch und - wo sie lokale Verwaltung stellt - auch Kooperation. Militärischer Arm der Hisbollah tritt nicht offen in Erscheinung. Im Süden laut Nera **definitiv kein Waffenschmuggel**, aber UNIFIL findet (alte) Waffen und Stellungen, die zerstört werden. An der restlichen Grenze sei Schmuggel nicht auszuschließen, für über begrenzte Einzelfälle hinausgehende, weit reichende israelische Vorwürfe wurden bisher allerdings trotz Aufforderung keinerlei Beweise vorgelegt. Südgrenze soll erstmalig offen markiert werden, um anhaltende Zwischenfälle an der blauen Linie einzudämmen. Libanesisch-Armee wird von UNIFIL mit Ausbildung unterstützt, allerdings seien ihre Kapazitäten mit nur ca. 4000 Kampftruppen noch sehr gering.

Nera und pol. Beraterin Frank schätzen **Zeitraum von 2-3 Jahren für UNIFIL** auf der jetzigen Sollstärke, um Erfolg zu sichern. In dieser Zeit müssten politische Fortschritte stattfinden. Ein **Rückzug oder eine Verkleinerung von UNIFIL würden kontraproduktiv wirken**. Selbiges gelte auch für die von Deutschland bereitgestellte Maritime Task Force (MTF). Deutsche Soldaten im HQ berichteten ebenfalls über insgesamt gute Zusammenarbeit der über 20 an UNIFIL beteiligten Nationen. Professionalität sei aufgrund großer EU-Komponente sehr hoch. Fehlende Ressourcen bei DKPO seien nicht problematisch, da Planung und Entscheidungen größtenteils vor Ort gefällt werden könnten.

Auch alle folgenden Gesprächspartner hoben hervor, dass sie UNIFIL unterstützen. Dazu zählte auch **Hussain al-Hajj Hassan/ MdP** der Hisbollah. Er betonte, dass es seit 1978 (UNIFIL-I) keine Zwischenfälle zwischen UNIFIL und Hisbollah gegeben habe. Seine Partei verurteile die Anschläge gegen die Spanier und habe der UNIFIL Hilfe bei der

Aufklärung angeboten. Hisbollah habe Resolution 1701 mitgetragen und respektiere sie, während Israel die Resolution anhaltend verletze. Deshalb sei aus Sicht der Hisbollah die „unobjektive Verbundenheit des Westens“ mit Israel unverständlich. Eine politische Lösung im Libanon werde zudem durch die einseitige Haltung der USA, repräsentiert im Libanon durch ihren Botschafter Noah Feldman, behindert. USA verweigerten sich einer Kompromisslösung. Durch ihre Doppelstandards behinderten die USA demokratische Entwicklungen in der Region; Beispiel dafür sei zum Beispiel die Tolerierung der autokratischen Regierung in Ägypten und die Nichtanerkennung der frei gewählten Hamas-Regierung in Palästina. Im Libanon könnten die **wichtigen Probleme** – Sicherheitslage / Nahr al-Bared, Wirtschaftslage, soziale und politische Unsicherheit – **nur im Konsens gelöst werden**. Deshalb sei unverständlich, warum nicht nur die USA, sondern auch die EU die jetzige Regierung trotz weitreichender Korruption und einer verheerenden Bilanz unterstützte. Regierung fordere von Opposition Einberufung des Parlaments und Sicherstellung des notwendigen 2/3-Quorums für Präsidentschaftswahlen, sei aber nicht bereit, vorher eine Einheitsregierung zu bilden. Wenn hier bis zu den Präsidentschaftswahlen kein Kompromiss erreicht werde, wisse er nicht wo das Land hinkomme.

Bezüglich der inneren Lage äußerte sich der maronitische **General Michel Aoun** auf ähnliche Weise. Er ist seit 2006 mit der Hisbollah verbündet. Alle Parteien im Libanon müssten sich in Richtung eines Kompromisses bewegen. Wer aber die Opposition der Kollaboration mit Iran und Syrien bezichtige, bereite den Grund für einen **neuen Bürgerkrieg**. Man müsse nicht mit fremden Mächten Kompromisse finden, sondern mit den wichtigen Kräften im eigenen Land – zum Beispiel Nasrallahs Hisbollah. Er selbst habe seit seiner Rückkehr versucht eine Regierung der nationalen Einheit zu erreichen. Die jetzige Regierung sei nicht handlungsfähig, ihr fehle jegliche politische Erfahrung; ihre Führer hätten in der Vergangenheit stets auf Syrien vertraut und nie Verantwortung übernommen, seit dem syrischen Abzug herrsche in Libanon eine institutionelle Blockade vor. Die Regierung Siniora verfüge über keine Legitimität mehr, sie habe weder ein ordnungsgemäßes Budget verabschiedet, noch existiert ein Verfassungsgericht. Ihre Bilanz in allen Politikbereichen sei miserabel. Nur eine **vereinigte Regierung** könne wichtige Reformen im Libanon angehen. Er selbst sieht sich für das Präsidialamt prädestiniert, weil er weder „Milizführer“ sei, noch „Blut an den Händen“ habe, noch jahrelang mit den Syrern paktiert habe - wie die Protagonisten der Regierung sei. Er habe ein konkretes Programm, Ziel sei Aufbau der libanesischen Souveränität. Sollten im Herbst des Jahres zwei Präsidenten existieren, sei dies die schlechteste Option – als zweiter Mann stehe er selbst sicher nicht zur Verfügung; in diesem Fall werde er einen massiven Protest der Opposition anführen.

In sehr ähnlicher Weise äußerte sich auch der libanesischer Parlamentspräsident **Nabih Berri** von der AMAL-Partei, dem bei der derzeitigen

Blockade aufgrund seiner Weigerung das Parlament einzuberufen eine zentrale Rolle zukommt. Er beklagte, trotz seiner Bemühungen um den nationalen Dialog seit Anfang 2006 suche die Regierung Entschuldigungen, um nicht an einer Einheitsregierung teilzunehmen. Einer dieser Vorwände sei das Tribunal gewesen, über das aber nun der Sicherheitsrat entschieden habe. Nach dem Krieg im Sommer 2006 habe es eine kurze Phase der Einigkeit gegeben, im November sei erneuter Versuch eines Dialogs über die Themen einer Einheitsregierung und der Wahlrechtsreform gescheitert. Er **forderte die EU auf, sich stärker zu engagieren**, da sie die Region historisch besser kenne und verstehe als die USA und größere Glaubwürdigkeit genieße. Er grenzte sich deutlich von Hisbollah ab, die v.a. deshalb stark sei, weil sie israelische Besatzungspolitik als Vorwand benutzen könnte. Um den Boden für Radikalisierung zu entziehen müsste u.a. das Problem der Sheeba-Farmen gelöst werden.

Einzigster Politiker im Libanon der sich annähernd unparteiisch äußerte war **Ghassan Mukhaiber**, unabhängiger, aber Aoun nahe stehender MP. Er beklagte die **vereinfachte Wahrnehmung** der politischen Parteien als wahlweise „pro-“ oder „anti-syrisch“, beide Lager seien viel heterogener. Anstatt Schuldige zu suchen, müsse endlich der **Institutionenaufbau** ernsthaft vorangetrieben werden. Libanesen hätten sich wie Kinder verhalten und jahrelang auf die (ungeliebte) „syrische Mama“ verlassen, die alle Konflikte regelt. Jetzt sei „Mama“ weg, und die Libanesen müssten ihre Probleme selbst regeln.

Tatsache sei, dass die Regierung derzeit nicht regieren, die Opposition aber ihr Ziel auch nicht allein durchsetzen könne. Zunächst sei **Vertrauensbildung** notwendig. Das Parlament sei der eigentlich der Ort für inhaltliche Debatten. Diese fänden aber nicht statt – seit dem Taif-Abkommen 1992 seien nur 7 inhaltliche Debatten geführt, nur ein einziges Mal seit 2005 trotz der dringenden Fragen über Sicherheit verhandelt worden. Die Bildung einer neuen Regierung sei unumgänglich. **Die EU solle sich als „facilitator“ engagieren**, eine Lösung sei möglich. Er berichtete von Dialogtreffen Abgeordneter aller libanesischen Parteien in Genf auf Initiative der Schweiz, dessen Ergebnis ein gemeinsames Abschlussdokument war.

Es sei richtig, dass **Libanon Schauplatz größerer Konflikte** sei, dem israelisch-palästinensischen, iranischer und syrischer Einmischung und dem regionalen sunnitisch-schiitischen Gegensatz; Syrien sei für viele Morde verantwortlich, das Regime fühle sich in die Ecke gedrängt. Eine Einbindung Syriens durch die internationale Gemeinschaft sei unerlässlich. Eine große Bedrohung liege im erstarkenden Al-Qaida-Terrorismus im Libanon. Diesem müsse vereint widersprochen werden, von allen libanesischen Kräften, inklusive Hisbollah.

Der Abgeordnete **Misbah Ahdab** (Democratic Renewal) von der Regierungskoalition zeichnete in allen bisher erwähnten Fragen ein umgekehrtes Bild und erhob Vorwürfe gegen die Opposition. Diese verhindere mit immer neuen Forderungen eine Einigung.

Er beklagte, dass die Opposition demokratisch gesinnten Abgeordneten wie ihm vorwerfe, israelische und amerikanische Interessen zu bedienen; allerdings zögerte er selbst nicht, die gesamte Opposition als „iranisch gesteuert“ zu bezeichnen. Ein **Kompromiss mit Hisbollah sei unmöglich**, solange diese ihre Waffen als „heilig“ bezeichne. In den salafistischen Kräften in Tripolis, die unter dem Einfluss Saudi-Arabiens und Kuwaits stünden und vom syrischen Geheimdienst gesteuert würden, sehe er eine große Gefahr. Die derzeitige Regierungskoalition wolle eine neue Demokratie im Libanon beginnen, die nicht auf ethnischen Unterschieden aufgebaut sei. Der Westen müsse diese Kräfte unterstützen, anstatt weiter auf korrupte Autokraten zu setzen oder den Dialog mit konservativen Muslimen aufzunehmen. Die jetzige Regierung sei legitim, sie könne es nicht hinnehmen, dass die Opposition den Gang der Dinge bestimmen wolle; Opposition sei wegen des Tribunals ausgetreten, obwohl zuvor in vielen Fragen Einigkeit bestanden hatte.

Schließlich führten wir ein Gespräch mit dem PLO-Vertreter in Beirut **Abbas Saki**, der gerade von einem Palästinaaufenthalt zurückgekehrt war und ein dunkles Bild der Lage vor Ort zeichnete. Fatah sei vom „Putsch“ der Hamas und dem Ausmaß der Brutalität überrascht gewesen. Das Zentralkomitee der PLO habe sich für Neuwahlen ausgesprochen. Saki war sich sicher, dass Fatah bei den kommenden Wahlen gewinnen werde, da ein Großteil der Bevölkerung das Vorgehen der Hamas und ihre religiöse Ausrichtung ablehne. Auf Nachfrage, was im Falle einer Wahlniederlage geschehe, meinte er, diese Frage stelle sich nicht (!).

Abbas habe sich entschieden, die Bemühungen zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses fortzusetzen. Bei einem hochrangigen **Treffen mit Syrien (AM Muallim), Iran** und Hamas-Führer **Mashaal** in Damaskus sei vereinbart worden, dennoch Bemühungen zu einer Rückkehr zum Mekka-Abkommen zu erreichen. Die Lage der Palästinenser im Libanon bezeichnete er als dramatisch, die über 450.000 Flüchtlinge (UNRWA Schätzungen: ca. 350.000) in den libanesischen Lagern müssten unterstützt werden, wenn die Lager nicht Einfallstor für Al-Qaida und anderen terroristischen Gruppierungen werden sollen, wie gerade in Nahr al-Bared erlebt. Siniora sei ernsthaft um Verbesserung der Lage bemüht.

Über das **Grenzprojekt der Bundesregierung** informierte uns der Leiter des Polizeiprojektes vom **BMI**. Die ungesicherte Ostgrenze zu Syrien ist derzeit ein Pferdefuß von 1701, da Israel weitreichende

Waffenlieferungen an Hisbollah über die Grenze unterstelle, Syrien aber eine Überwachung durch UNIFIL strikt ablehnt. Das deutsche **Grenzprojekt im Norden** soll deshalb als Vorbild auch für die restliche Grenze fungieren: Dort koordinieren DEU Beamte mit den vier libanesischen Sicherheitsbehörden (Armee, Polizei, allg. Sicherheitsdienst, Zoll) ein **integriertes Grenzmanagement**, das die Kapazitäten und Koordination der libanesischen Behörden so weit stärken soll, dass diese selbständig die Grenze überwachen könne. Der deutsche Einsatz erfolgt explizit als bilateraler Einsatz. Die zukünftige Ausdehnung des Projekts an die Ostgrenze soll im Rahmen der ENP unter deutschem *Lead* stattfinden. Für das Nordprojekt wurden 4 Mio. Euro zugesagt, allerdings sei derzeit unklar, wo das Geld herkommt, nachdem zunächst BMI, dann BMF zugesagt hatten, das aber nun vom Nordprojekt nichts wissen wolle. Die **Zeit dränge aber enorm**, da eigentlich Implementierung und Evaluierung bis Ende 2007 abgeschlossen sein sollte, um dann rechtzeitig auf restliche Grenze auszudehnen.

Aus Gesprächen mit der Botschaft Beirut ging hervor, dass derzeit an die Botschaft **weder ein Polizeiverbindungsoffizier noch ein Militärattaché** entsandt ist. Dies ist angesichts der dringenden Aufgaben in Beirut im Zusammenhang mit UNIFIL und den zahlreichen Besuchen unverständlich und geht zu Lasten der politischen Arbeit – weltweit sind ca. 100 entsandte BMVG-Vertreter/ Militärattachés an über 60 deutsche Botschaften entsandt, Libanon wird über Syrien mitbetreut.

Das Programm endete mit einem **Abendessen mit Böll-Stiftung Beirut** und einigen ihrer Partner: Nizar Saghie, Rechtsanwalt, Projekt zu Rechtsstaatlichkeit in der arabischen Welt und im Libanon; Doreen Khoury, Researcher am LCPS - Lebanese Center for Policy Studies; Ali Darwish, Direktor von „Greenline“. Lina Abou-Habib, Direktorin von CRTDA - Collective for Research and Training on Development - Action. Themen waren Probleme der Zivilgesellschaft im Libanon, die institutionellen Defizite des libanesischen Systems und die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe des Bürgerkriegs.

IRAN – Mittwoch 27. und Donnerstag 28. Juni

Am Tag vor der Ankunft in Teheran gab es die folgenreiche Entscheidung der iranischen Regierung über die **Rationierung des Benzins**. Pro Autoinhaber dürfen monatlich nur noch 100 Liter Benzin zu dem von Iran mit jährlich ca. 6 Mrd. Dollar subventionierten Preis von 8 Cent gekauft werden. Darüber hinausgehende Mengen müssen ab jetzt zu Marktpreisen (ca. 60 Cent) verkauft werden. Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung kam es zu Hamsterkäufen und kilometerlangen Schlangen an den Tankstellen, bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften gab es mehrere Tote.

Das Gesprächsprogramm begann nach Abholung durch den Botschafter im Iran Dr. Honsowitz mit einem Gespräch mit Abgeordneten der **religiösen Minderheiten im Parlament** – dazu gehören mit jeweils einem Sitz Zoroastrier, Juden, chaldäische und assyrische Christen und mit zwei Sitzen die Armenier. In dem Gespräch vertraten die Abgeordneten die Meinung, dass Minderheiten im Iran gleichgestellt seien und keinerlei Nachteile hätten. Dies treffe auch für die ethnischen Minderheiten zu. Kritische Nachfragen dazu wurden unkonkret beantwortet, auch die Frage nach der Ungleichstellung der Baha'i – im Iran nicht als Religionsgruppe anerkannt – wurde mit dem Verweis auf ihre weitgehende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zurückgewiesen. Die teils massive Unterdrückung anderer nicht repräsentierter Volks- und Religionsgruppen, z.B. der sunnitischen Araber oder der Sufi-Orden wurde von den Vertretern nicht thematisiert.

Bei einem Treffen mit dem ehemaligen Präsidenten **Mohammed Khatami** legte er mit Bezug auf den Koran – und Heidegger (!) – seine Sympathie für die Grünen und Bemühungen um den Umweltschutz dar. Mit Außenminister Fischer habe Khatami gut kooperiert, damals sei das deutsch-iranische Verhältnis ohne Zweifel besser gewesen. Im Hinblick auf den Atomkonflikt gebe es **gute Lösungsansätze**. Es sei zentral, dass endlich direkte Verhandlungen beginnen. Allerdings sei das US-Verhalten teils sehr provozierend und erschwere Lösungen. Ausdrücklich sprach er sich **gegen neue Sanktionen** aus. Er wolle ausdrücklich nicht das derzeitige Verhalten Irans in der Atompolitik rechtfertigen, aber bei den regionalen Konflikten, Israel-Palästina, Irak und Afghanistan müsse man Iran einbinden und als regionale Macht akzeptieren, die man zur Lösung der Probleme brauche.

Der Präsident des „Instituts für interreligiösen Dialog“ (IID) und ehemaliger stv. Staatspräsident unter Khatami, **Seyed Mohammad Ali Abtahi** (sowie erster geistlicher „Blogger“ im Iran, auch auf Englisch zu lesen: <http://www.webneveshteha.com/en>) bezog sich positiv auf die Ergebnisse der Reformzeit unter Khatami und **kritisierte die aggressive Politik Ahmadinedschads**. Seine Form islamischen Radikalismus sei im Iran nie verankert gewesen, auch wenn die Propagandaformeln sich

oft anders anhören würden. Auch zu den arabischen Ländern bestünden hier Unterschiede, so sei in Wirklichkeit der Israel-Palästina-Konflikt nie ein prioritäres Thema für die Iraner gewesen.

Immerhin wäre ein Überbleibsel aus der Reformphase, dass die Iraner ihre Rechte kennen und die Regierung kritisieren würden. Von außen müsste alles für einen Dialog getan werden; jede Rede über *regime change* würde im Iran nur Verhärtung bewirken. Die **Zivilgesellschaft** sei noch in der Entwicklung befindlich. Man müsse bedenken, dass dieser Prozess in Europa mindestens dreihundert Jahre gedauert habe. Mit seinem Institut versuche A. den Dialog mit anderen Religionen zu fördern, da alle Religionen zu Unrecht behaupteten, die gesamte Wahrheit gepachtet zu haben.

Der **stellvertretende Außenminister Said Jalili** betonte, dass aus seiner Sicht trotz einiger Differenzen die Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und iranischen Positionen überwiegen. Die Frage nach der energiepolitischen Sinnhaftigkeit des iranischen Nuklearprogramms bezeichnete Jalili als ebenso relevant, wie Abrüstung und die Bekämpfung der Atomwaffen. Iran wolle alles tun, um die Bedenken hinsichtlich der Friedfertigkeit des eigenen Programms auszuräumen, allerdings sei es nicht akzeptabel, dass iranische Recht auf die Nutzung der Kernenergie in Frage zu stellen. Iran plane, in den kommenden 20 Jahren 20.000 MW durch Atomenergie zu erzeugen. Dafür seien Investitionen in Höhe von 20 Mrd. Dollar notwendig. Ich habe entgegnet, dass diese Schätzung zu knapp sei und man dies sehr viel günstiger mit erneuerbaren Energien realisieren könne.

Bei allen **regionalen Fragen** sei Iran an Stabilität interessiert: In Afghanistan seien die Taliban die größten Feinde gewesen. Die derzeitige Rauschgiftproduktion in **Afghanistan** sei nicht nur für die USA und Europa, sondern auch für den Iran ein gewaltiges Problem. Im **Irak** sei mit Saddam Hussein der größte Feind verschwunden, Iran habe als erste Macht die neue Regierung anerkannt. Im **Libanon** unterstütze man Bemühungen, alle politischen Gruppierungen zusammenzubringen (hier spielt Iran nach Einschätzung der Botschaft durch positiven Bezug auf französische Dialoginitiative tatsächlich positive Rolle), ebenso in Palästina. Ich machte deutlich, dass zwar der Sieg der **Hamas** demokratisch zu Stande gekommen sei, der jüngste Putsch in Gaza aber inakzeptabel sei und Iran dies nicht unterstützen dürfe. Jalili meinte, in all diesen Fragen könnte man mit Iran Einigung erzielen, was aber unmöglich sei, wenn man, so Jalili, Iran pauschal als Bedrohung bezeichne, wie es Bundeskanzlerin Merkel getan habe. Deutschland warf er vor aufgrund seiner Geschichte zu parteiisch zu sein.

Nach einer ausführlichen Antwort und Darlegung des Umgangs der Deutschen mit ihrer verbrecherischen Geschichte und dem **Holocaust**, und Verweis auf die Äußerungen von Ahmadinedschad, die völlig in-

akzeptabel seien, ging Jalili auf die Kritik nicht ein sondern antwortete mit verharmlosenden Floskeln und Verweis auf die Lage in Palästina. Auch die Kritik an der Festnahme der iranisch-amerikanischen Doppelstaatler wies er mit Verweis auf die in Erbil inhaftierten Iraner zurück. Die US-Entscheidung, 75 Millionen Dollar für oppositionelle Kräfte im Iran bereitzustellen, begreife die iranische Führung als feindlichen Akt und Beitrag zum *regime change*. Über die Rechtmäßigkeit der Verurteilung müssten die Gerichte entscheiden.

Der **stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments, Mahmud Mohammadi**, trat für eine Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen ein. Bei regionalen Fragen, z.B. der Grenzsicherung in **Afghanistan**, gebe es Möglichkeiten zur Kooperation. Iran sei in Afghanistan wichtiger Player, habe zum Wiederaufbau und zur Drogenbekämpfung beigetragen und Karsai von Anfang an unterstützt – das müsse auch von USA und EU anerkannt werden. Die Frage nach der Destabilisierung Afghanistans durch die überstürzte Ausweisung zehntausender Flüchtlinge beantwortete M. nicht.

Beim Nukleardossier sei Iran nahe an der EU-Position. Die Sorge der internationalen Gemeinschaft sei legitim, Iran sei entschlossen voll mit der IAEA zu kooperieren. Man müsse dringend zu Verhandlungen kommen. Die US-Politik sei dagegen problematisch. Im Iran sei völlig unverständlich warum mit Indien ein Deal geschlossen werde, der Atomwaffen toleriere, aber Iran, ohne dass ein militärisches Programm existiere, bestraft werde. Iran orientiere sich am NPT, an die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten müssten sich alle Mitglieder halten. Bloßen Weisungen folge der Iran nicht. Man sei aber **aufgeschlossen für eine diplomatische Lösung**. Unter vier Augen bestätigte er, das Einfrieren des Programms auf dem jetzigen Stand könne die Grundlage für eine solche Lösung sein.

Der **Menschenrechtsbeauftragte der Justiz** und Leiter des Zentrums für Physikforschung **Mohammad Javad Laridschani** (Bruder des Atomunterhändlers Ali Laridschani) räumte ein, dass es im Iran menschenrechtliche Defizite gebe. Iran sei bereit, darüber im bi- und multilateralen Rahmen zu sprechen. Zum Beispiel sei Iran dankbar für Unterstützung bei der Reform des Haftvollzuges und Maßnahmen zur Resozialisierung. Auch im Bereich der Drogenbekämpfung sei man auf Kooperation mit dem Westen angewiesen. Er beklagte, dass falsche Maßstäbe an den Iran angelegt würden. Die von Iran unterzeichneten Abkommen würden nicht verletzt; wenn die Strafbarkeit von Homosexualität im Iran kritisiert werde, sei dies aber keine Frage der Universalität der Menschenrechte, sondern westlicher Standards. Bezüglich der Steinigungen – kürzlich wurde ein Urteil in Takestan ausgesprochen, allerdings nicht ausgeführt – argumentierte Laridschani zynisch. Er sprach sich für die Einhaltung des Moratoriums ein, da die Abschre-

ckungswirkung der Steinigungen nicht effektiv sei (sic!). Er behauptete, dass die Gesetzgebung Steinigungen sowieso nur in „Extremfällen“ vorsehe und die Gerichte genug Möglichkeiten hätten das Strafmaß zu mildern; einige Richter seien aber andere Meinung. Die brutale Praxis selbst an sich verurteilte er nicht. In Bezug auf die **amerikanisch-iranischen Beziehungen** befürwortet L. einen Dialog. Wenn die USA der „große Satan“ seien müsse sich Iran eben „auf den Grund der Hölle begeben“, wenn dies im nationalen Interesse liege. In Irak und Afghanistan könnten die USA ohne Kooperation mit Iran keine Erfolge erzielen. Ähnlich wie Iran durch Vermittlung mit den Aufständischen den sowjetischen Abzug aus Afghanistan ermöglicht habe, sei man bereit „den amerikanischen Rückzug aus dem Irak“ zu unterstützen.

Mohsen Mirdamadi, Generalsekretär der oppositionellen „**Mosharekat**“-Partei, sieht Iran in einer spannungsgeladenen Übergangsphase. Unter der vorangegangenen Khatami-Regierung sei das Klima viel besser gewesen und viele Chancen verpasst worden. Eigene Fehler der Reformen seien dafür ebenso verantwortlich, wie der große innenpolitische Druck und mangelnde Unterstützung und Dialogbereitschaft auf internationaler Ebene. **Ahmadinedschad betreibe eine radikale Politik**, der es nie um Austausch, sondern nur um Abschottung und Hochhalten der angeblichen eigenen Traditionen ginge. Sein Politikstil sei für den derzeitigen Konflikt mit dem Westen verantwortlich. Die Voraussetzungen für seine Abwahl seien gut. Die derzeitige katastrophale wirtschaftliche Lage und die Benzinrationierung könne man aber kaum gegen die Regierung verwenden, sie werde von den Reformern mitgetragen, denn eine Angleichung des Benzinpreises sei notwendig. Bezüglich der **Sanktionen warnte M. vor einer noch „strengeren Haltung“** der internationalen Gemeinschaft. Je größer der äußere Druck, desto strikter würden die Verbote und Einschränkungen im Innern. Auch der Spielraum der Opposition würde dadurch erheblich eingeengt.

Ähnlich äußerte sich **Mohammad Atrianfar**, politischer Direktor der Reformzeitung „Hammihan“ und u.a. Gründer der zwischenzeitlich verbotenen Reformzeitung „Shargh“. Atrianfar steht Rafsandschani nahe und äußerte scharfe Kritik an Ahmadinedschad. Er habe alle positiven Errungenschaften der Reformphase zunichte gemacht.

Dennoch trage die Last der derzeitigen US-Politik die iranische Bevölkerung. Man **dürfe die Sanktionen nicht beschleunigen**, da eine weitere Radikalisierung zu befürchten sei. Es sei illusorisch, zu glauben, die iranische Regierung würde ihre Politik durch Druck ändern. Wenn man Aufruhr wolle, würden dies harte Sanktionen evtl. bewirken. Dieser Weg sei aber gefährlich. Eine neue Revolution wolle im Iran niemand. Die jetzige Regierung unter Ahmadinedschad sei das Hauptproblem, und man müsse daran arbeiten, ihr Vorgehen auf politischem Wege zu ändern. Es gebe auch in der jetzigen Regierung Kräfte,

darunter z.B. Ali Laridschani, die andere Standpunkte vertreten würden. Sie sollten die Zeit bekommen, um Kurskorrekturen in der Atomfrage vorzunehmen.

Obwohl aufgrund des steigenden Ölpreises die Staatseinnahmen unter Ahmadinedschad stark angestiegen seien – Iran habe in den zwei Jahren soviel eingenommen wie in 8 Jahren unter Khatami – habe sich das gesamte **wirtschaftliche Umfeld stark verschlechtert**. Gerade die arme Bevölkerung sei durch Inflation und Preissteigerungen von bis zu 50% geschwächt. Die jüngste Entscheidung zur Benzinrationierung habe die Unfähigkeit gezeigt, nötige Reformen anzugehen. Sie sei ein Versuch kurzfristig mit Regulierung gegenzusteuern. Notwendig seien aber viel weiter gehende Maßnahmen und eine Anpassung des Benzinpreises an den Weltmarktpreis (ca. 60 Cent). Dafür sei ein ganzheitliches, abgestuftes Wirtschaftskonzept notwendig, dass auch die Frage der Energieeffizienz, z.B. mit sparsameren Motoren, umfasse. Die Regierung konzentriere sich aus propagandistischen Gründen auf den Atomsektor, aus energiepolitischen Gründen wäre Ausbau der Wind-, Sonnen- und Wasserkraft – die im Westen Irans erfolgreich genutzt werde – sinnvoller.

Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi beklagte grundsätzlich die zu geringe Aufmerksamkeit für Menschenrechtsfragen im Umgang mit Iran. Der Staat verletze die von ihm unterzeichneten menschenrechtlichen Abkommen, aber auch die iranische nationale Gesetzeslage in allen Bereichen, besonders im Hinblick auf die Rechte der Frauen. Das Leben von Frauen sei im Iran „die Hälfte wert“ (in der islamisch begründeten Familien- und Strafrechtsgebung sind Frauen im iranischen Recht in vielen Fragen de jure benachteiligt). Ebenso beklagenswert seien **Einschränkung der Pressefreiheit, politische Gefangene, Unterdrückung religiöser und ethnischer Minderheiten**. Sie selbst sei ständig den Verleumdungen der konservativen Presse ausgesetzt, so wird ihr derzeit z.B. vorgehalten aus den vom US-Senat für verdeckte Demokratieförderung im Iran bereit gestellten 75 Mio. \$ finanziert zu werden. Ebadi hat die Verteidigung der im Evin-Gefängnis inhaftierten amerikanisch-iranischen Doppelstaatlerin Haleh Esfandiari übernommen, der Zugang wird aber verwehrt.

Das Programm endete mit einem **Empfang an der DEU Botschaft** in Iran, an dem zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der iranischen Zivilgesellschaft und deutsche Vertreter in Teheran teilnahmen, darunter Frauenrechtlerinnen, Journalistinnen und Journalisten, Herausgeberinnen und Herausgeber, Gewerkschaftler, u.a.